

## DIE BERUFSNOT DER JUGEND

### 1. Ziele und Probleme einer Untersuchung der Jugendberufsnot

Die folgende Erörterung stützt sich, auf die Ergebnisse einer Untersuchung, die während der letzten anderthalb Jahre in der Bundesrepublik durchgeführt wurde. Die Forschungsarbeit konzentrierte sich auf die Länder Bayern, Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein und hatte, ganz allgemein formuliert, die Aufgabe, den *Umfang* und die *Auswirkungen* der Berufsnot und Arbeitslosigkeit unserer Jugend zu klären und zu einer *sozialwissenschaftlichen Analyse* des Gesamtproblems Jugendberufsnot zu kommen. Insgesamt wurden im Verlauf der Arbeit etwa 60 Regional- und Institutionsuntersuchungen und mehr als 5000 Befragungen von Jugendlichen (in der Mehrzahl Arbeitslose) durchgeführt, die teilweise durch eingehende Monographien ergänzt wurden.

Einen breiten Raum nahm eine *sozialstatistische „Bestandsaufnahme“* ein, deren Ergebnisse sich sowohl auf amtliches statistisches Material als auch auf primärstatistische Erhebungen stützen. Daneben sollen hier die Fragen angesprochen werden, die sich aus dem *Verhalten der Jugendlichen zu Beruf und Arbeit* ergeben, und schließlich soll einiges über das *Verhältnis der jugendlichen Arbeitslosen zu den wichtigsten Institutionen* gesagt werden, die sich mit der Jugendberufsnot beschäftigen. Die Beziehungen des jugendlichen Arbeitslosen zur Familie, zu seinen Kollegen und Freunden, zum öffentlichen und politischen Leben, eine Darstellung der angewandten wissenschaftlichen Methoden, der Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität oder endlich die Folgerungen, die sich im Hinblick auf unsere gesamtgesellschaftliche Struktur aus der Jugendberufsnot ergeben, müssen hier unberücksichtigt bleiben, weil die zu besprechenden Fragen ohnehin nur stichwortartig erörtert werden können.<sup>1)</sup>

### 2. Jugendarbeitslosigkeit und Nachwuchsprobleme

Eine sozialstatistische Analyse der Berufsnot und Arbeitslosigkeit der Jugend in Westdeutschland kann sich nicht auf eine Erörterung der aktuellen Beschäftigungslage beschränken, sondern sie muß das Ausbildungsproblem mit einbeziehen, um Grundlagen für eine Nachwuchsplanung gewinnen zu können. Auch bei einer anzustrebenden Vollbeschäftigung bleibt die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Aufgabe bestehen, den Jugendlichen eine im späteren Berufsleben verwertbare Ausbildung zu ermöglichen und allzu häufige Berufs- oder Arbeitsplatzwechsel zu vermeiden. Grundlage einer derartigen Untersuchung ist eine Vorausberechnung der Altersstruktur der westdeutschen Bevölkerung im Hinblick auf die Erhaltung bzw. Ergänzung des Erwerbspotentials in den nächsten zwanzig Jahren. Auf Grund der zu erwartenden Geburten- und Sterblichkeitsziffern, der Altersschichtung, der Erwerbsintensität, des Frauenüberschusses usw. läßt sich sagen, daß sich die westdeutsche Bevölkerung während dieser Zeit nicht verringern, wird und daß bei Anspannung aller Kräfte auch die Erwerbsquote in etwa gehalten werden kann.

Soll dieses Ziel erreicht werden, dann erscheint das Vorhandensein eines ausgedehnten Jugendarbeitslosigkeit in Anbetracht der zunehmenden Zahl der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden älteren Personen als ein unverantwortlicher gesellschaftspolitischer und volkswirtschaftlicher Luxus. Langfristige Über-

1) Dieser Aufsatz enthält Ergebnisse der Arbeiten von Dr. Efriede Päth, Dr. Gerhard Wurzbacher, Dipl.-Volkswirt Walter Meis und dem Verfasser.

brückungsmaßnahmen zur Steuerung der zu erwartenden Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt durch die sehr unterschiedliche Stärke der zur Schulentlassung kommenden Jahrgänge in den nächsten Jahren hätten seil langem geplant und vorbereitet werden müssen. Im Jahre 1957 werden beispielsweise nicht — wie es sogar in Protokollen des Bundestages zu lesen ist — 213 000, sondern etwa 730 000 Jugendliche aus den Schulen Westdeutschlands entlassen. Der Höhepunkt der Schulentlassungszahlen wird 1954/55 mit 900 000 Jugendlichen erreicht, der Tiefpunkt dürfte 1960 mit 550 000 bis 600 000 Schulentlassenen zu erwarten sein. Im Gegensatz zu den sehr starken Schwankungen während der nächsten zwölf Jahre infolge der Kriegseinwirkungen und der Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches ist ab 1964 mit einem gleichmäßigen Anfall von jährlich etwa 700 000 Schulentlassenen zu rechnen, eine normale politische und wirtschaftliche Entwicklung vorausgesetzt. Wie hoch ist nun die Zahl der Jugendlichen, die schon jetzt und zum Teil seit Jahren auf Beruf und Arbeit warten? Eine kritische Analyse insbesondere der Statistiken der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung — die als sehr zuverlässig bezeichnet werden dürfen — und ihre Überprüfung durch primärstatistische Erhebungen in zehn strukturell unterschiedlichen Gebieten, in deren Verlauf etwa 3000 Jugendliche nach ihrem Arbeitsschicksal befragt wurden, führt zu dem Ergebnis, daß um die Jahresmitte 1951 in der Bundesrepublik rund 600 000 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos waren, d. h. jeder zehnte oder elfte Jugendliche oder, anders gesagt, ein vollständiger Jahrgang. Die besonderen Probleme der jüngeren und älteren Arbeitsuchenden, die einzelnen Altersgruppen, die Lehrlösungen, die Frage der echten, unechten und latenten Arbeitslosigkeit, die Situation der mithelfenden Familienangehörigen und die streunenden Jugendlichen finden in dieser Berechnung ihre Berücksichtigung. Betrachtet man die Situation in den wichtigsten Berufen, so ergibt sich, daß die Zahl der Lehrlinge gegenwärtig mit 1,2 Million angenommen werden kann. Das Verhältnis der Lehrlinge zu den Beschäftigten verhält sich im Handwerk im Vergleich zur Industrie wie 4:1, obwohl annähernd 150 000 Lehrlinge im Handwerk keine Aussicht haben, nach Abschluß ihrer Lehre in ihrem Beruf weiterbeschäftigt zu werden. Während die normalen Nachwuchsquoten mit Ausnahme der Schlüssel- und Grundberufe maximal 12 vH. betragen, liegt der entsprechende Anteil berufsangehöriger Arbeitnehmer in einer Reihe von handwerklichen Berufen (zum Beispiel bei Bäckern, Schneidern, Polsterern, Friseuren usw.) teilweise doppelt so hoch. Die Industrie muß daher ihre eigene Lehrlingsausbildung intensivieren, während die lehrlingsüberfüllten Handwerksbetriebe eine Rationalisierung anstreben sollten und ihre „Rentabilität“ nicht auf Kosten der Lehrlinge aufrechterhalten dürfen, die häufig nur als billige Arbeitskräfte Verwendung finden. Vom beruflichen Interesse der Jugendlichen her ist unter Umständen die Annahme einer ungelerten Arbeit mit der Aussicht auf Aufstieg und Vervollkommnung des beruflichen Fachwissens im Betrieb heute höher zu bewerten als eine Lehre ohne die Chance, das Gelernte im Beruf anwenden bzw. im Lehrbetrieb verbleiben zu können.

In einem langfristigen Nachwuchsplan wäre bei Berücksichtigung der gegebenen Lehrplatzkapazität und der Lehrlingskosten sowie unter Einbeziehung nichtbetriebsgebundener Ausbildungsstätten eine Erweiterung der Berufsausbildung für 60 vH. der Schulentlassenen — statt bisher 40 vH. — erwägenswert und erreichbar. Den möglichen Auswirkungen eines solchen Planes auf die Jugendlichen, die Betriebe und den Staat müßte dabei große Aufmerksamkeit geschenkt werden.

3. *Das Verhalten der jugendlichen Arbeitslosen zu Beruf und Arbeit* Die teilweise sehr unterschiedliche Fragestellung macht eine gesonderte Behandlung männlicher und weiblicher jugendlicher Arbeitsloser erforderlich.

a) *Die Haltung der männlichen jugendlichen Arbeitslosen.* Eine Untersuchung des Verhaltens zu Beruf und Arbeit kann ansetzen an der Arbeitsbereitschaft der jugendlichen Arbeitslosen. Die folgende Übersicht vermittelt dazu einen ersten Eindruck: Von den männlichen arbeitslosen Jugendlichen zeigen

- (A) 4 vH. eine uneingeschränkte Arbeitsbereitschaft
- (B) 51 vH. eine wenig eingeschränkte Arbeitsbereitschaft
- (C) 33 vH. eine sehr eingeschränkte Arbeitsbereitschaft
- (D) 12 vH. eine äußerst geringe Arbeitsbereitschaft.

Der Begriff der „Arbeitswilligkeit“ des AVAVG wurde hier bewußt nicht verwendet, da ein sehr entwickelter Arbeitswille im Sinne einer beruflichen Zielstrebigkeit gegeben sein kann, ohne daß damit die „fVVilligkeit“ verbunden sein müßte, jede auf dem Arbeitsmarkt angebotene Arbeit anzunehmen. Das kommt sehr deutlich bei den Jungen der Gruppen C und D zum Ausdruck, deren selektive Arbeitsbereitschaft vor allem gekennzeichnet ist durch eine starke Bindung an den erlernten oder angestrebten Beruf und durch ein ausgeprägtes Aufstiegsbedürfnis, häufig gepaart mit großer Zielstrebigkeit, also Motiven, die der Sozial- und Wertordnung unserer industriellen Gesellschaft entsprechen. Die kaum eingeschränkte Arbeitsbereitschaft der Gruppe B dagegen ist bestimmt durch wenig differenzierte Berufsvorstellungen, lange Dauer oder Häufigkeit der Arbeitslosigkeit, vielfach auch durch die Situation als Ungelernte in einer besonderen Notlage oder die Abneigung gegen die „Unterstützungssituation“.

Alle diese Gruppen (B, C, D) erwarten von einer Arbeit oder einem Beruf eine Stetigkeit der Beschäftigung und ein Arbeitseinkommen, von dem eine Familie angemessen leben kann. Die Jungen streben nach Tätigkeiten, die ihnen eine Erweiterung ihres Könnens und ihrer Bildung ermöglichen, in denen sie selbständig und verantwortlich wirken können. Hinter diesen Wünschen steht häufig der Anspruch auf eine möglichst allseitige soziale Anerkennung.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage, welche Faktoren Grad und Art der Arbeitsbereitschaft der Jugendlichen beeinflussen. Von besonderer Bedeutung können hier die Folgen der Flucht, Ausweisung oder Evakuierung, die Demontage, die Schwarzmarktzeit, eine unvollständige Schulbildung, das bisherige Berufschicksal oder die Art der Berufsausbildung, die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Wohnortes, die Erziehung oder die allgemeine soziale Situation der Jugendlichen sein.

Die soziale Lage der Jungen wird hinreichend veranschaulicht durch die Tatsache, daß mehr als 50 vH. von ihnen aus Familien kommen, die von Unterstützungsgeldern leben müssen oder in denen der Vater fehlt. Gerade die positiven Wünsche und Erwartungen, die von den Jungen an die Arbeit und den Beruf herangetragen werden, sind schon auf Grund ihrer sozialen Position meist unerfüllbar. Die Arbeitslosigkeit trifft gerade diejenigen, die durch ihr bisheriges soziales Schicksal ohnehin stärker als die Allgemeinheit benachteiligt wurden.

b) *Die Haltung der weiblichen jugendlichen Arbeitslosen.* Die Bereitschaft zur Arbeit ist bei den Mädchen ebenso groß wie die der männlichen jugendlichen Arbeitslosen. Auch die bei vielen zu beobachtende selektive Haltung kann nicht als Ursache der Arbeitslosigkeit angesprochen werden. Für die meisten weiblichen Jugendlichen ist der Beruf jedoch nichts als ein Übergangsstadium, und für viele sind Verlobung, Heirat oder die Geburt eines Kindes ein Anlaß, Beruf und Arbeit aufzugeben. Nur etwa 5 vH. der arbeitslosen Mädchen

betrachten den Beruf als eine Lebensaufgabe, während etwa 12 vH. den Beruf als eine Dauerlösung bejahen, um „auf eigenen Füßen stehen zu können“. Die weiblichen jugendlichen Arbeitslosen finden im Gegensatz zu den Jungen im elterlichen oder eigenen Haushalt einen Ausgleich, der sie die Situation der Arbeitslosigkeit oft nicht so bitter empfinden läßt. Die Zahl der den weiblichen Jugendlichen offenstehenden Berufe ist weit geringer als bei den Jungen, und so muß dem spezifisch weiblichen Beruf der Hausangestellten besondere Beachtung geschenkt werden. Wenn heute viele Stellen im Haushalt trotz der großen Zahl weiblicher Arbeitsloser nicht besetzt werden können, weil die Erwerbstätigkeit im Haushalt allgemein abgelehnt wird, so hat das seine Ursache nicht zuletzt darin, daß die Möglichkeiten einer sinnvollen, geselligen Freizeitgestaltung nicht gegeben sind, abgesehen von den sozialen Bedingungen, die mancherorts sehr zu wünschen übrig lassen. Rationalisierung der Haushaltsführung und individuelle Vermittlungsarbeit könnten hier manche Schwierigkeiten beseitigen helfen. Ähnlich liegen die Probleme in der Landwirtschaft, die bei geregelten Arbeitsbedingungen, günstigeren sozialen Voraussetzungen und — vor allem in Süddeutschland — aufgelockerten und freien Beziehungen zwischen dem Bauer und seinem Gesinde vielen Jungen und Mädchen eine schöne Berufslaufbahn eröffnen könnte.

#### 4. Institutionen und Maßnahmen im Brennpunkt der Jugendarbeitslosigkeit

a) *Berufsberatung und Arbeitsvermittlung.* Eine soziologische Analyse der Jugendberufsnot kann nicht umhin, sich auch mit dem Verhältnis der Jugendlichen zu den Institutionen und Maßnahmen zu beschäftigen, deren Aufgabe es ist, sich der beruflichen Sorgen junger Menschen anzunehmen. Die Aufmerksamkeit soll zunächst der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung zugewendet werden. Wenn dies unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit und des Ansehens dieser Einrichtungen im Urteil Jugendlicher geschieht, so deshalb, weil das Wissen um die Resonanz einer Arbeit bei den Menschen, für die sie geleistet wird, wesentlich ist für eine erfolgreiche Arbeitsgestaltung und weil die Arbeitsverwaltungen selbst kaum Gelegenheit haben, sich selbst einer derartigen Untersuchung zu widmen.

Nach den Aussagen von mehr als 5000 in der Mehrzahl arbeitslosen Jugendlichen stellt sich die *Wirksamkeit* der Arbeit der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, stichwortartig in einigen Zahlen ausgedrückt, so dar: Etwa 5 vH. der Jungen und Mädchen geben an, ausschließlich durch einen Rat des Berufsberaters zu ihrer Berufswahl angeregt und bestimmt worden zu sein, ungefähr 20 vH. erinnern sich, daß sie in beruflichen Angelegenheiten einmal beraten wurden, und durchschnittlich etwa 35 vH. der Befragten haben nach ihren Angaben eine Ausbildungsstelle durch die der Berufsberatung angeschlossene Lehrstellenvermittlung erhalten. Auf die Initiative der Arbeitsvermittlung, die Jugendliche ab 18 Jahren betreut, gehen ungefähr 50 vH. der eingegangenen Arbeitsverhältnisse zurück. Aus den Angaben wird deutlich, daß die Jugendlichen in ihrer Bewertung ein stärkeres Gewicht auf die Wirksamkeit der vermittelnden Arbeit gegenüber der beratenden Tätigkeit legen.

Das *Ansehen* der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung ist sehr weitgehend bestimmt von dem Urteil über ihre Wirksamkeit. Man stößt zunächst auf eine etwa 30 vH. starke Gruppe, die keine Meinung über das Arbeitsamt äußert und noch kaum in einen engeren Kontakt mit dieser Institution gekommen ist. Zustimmend bzw. ablehnend äußern sich etwa je 35 vH. der Jungen und Mädchen. Zu einem negativen Urteil kommen die Jugendlichen vorwiegend wegen fehlender Vermittlungsmöglichkeiten des Arbeitsamtes, aber auch deshalb, weil

sie sich gegenüber ihren beschäftigten Kollegen deklassiert fühlen und den Gang zum Arbeitsamt nur ungerne tun oder auch, weil ihnen der „bürokratische Apparat“ des Arbeitsamtes keiner positiven Würdigung wert erscheint. Die anerkennenden Stellungnahmen beziehen sich auf die vermittelnde Funktion des Arbeitsamtes und vor allem auf die Auszahlung der Arbeitslosenhilfe.

Betrachtet man diese Ergebnisse im Zusammenhang, dann ist es weniger wichtig zu fragen, ob das Arbeitsamt den ihm zugedachten Aufgaben gerecht wird; wesentlicher ist die Tatsache, daß die Jugendlichen die ihnen von der Berufsberatung bzw. Arbeitsvermittlung grundsätzlich gebotene Gelegenheit der Orientierung über ihre beruflichen Möglichkeiten und der Eingliederung in das Arbeitsleben *vielfach weder kennen noch nutzen*. Die Bedeutung der Institutionen im Rahmen unserer industriell-bürokratischen Gesellschaft versuchen sie durch das Ausweichen auf die Familie, Freunde, Bekannte oder die „eigene Initiative“ zu umgehen. Wenn das vermerkt wird, dann soll damit nicht einer das Leben des einzelnen reglementierenden Staatsorganpotenz das Wort geredet werden. Die unumgänglich erscheinende Verlagerung der Beratungs- und Vermittlungsarbeit auf Institutionen und die Bedeutung des Kontaktes zu ihnen auch für die Meinungsbildung der Jugendlichen zum öffentlichen Leben sind jedoch Faktoren, die eine engere Bindung zwischen Beratern bzw. Vermittlern und Jugendlichen wünschenswert erscheinen lassen.

b) *Jugendwohnheime*. Um andere Fragen geht es bei den Jugendwohnheimen. Sie wurden nach dem Krieg geschaffen, um den vielen heimat-, eitem-, obdach- und berufslosen Jugendlichen ein vorläufiges Zuhause zu geben; ihre Arbeit ist daher bestimmt von fürsorglichen, arbeitspädagogischen und berufsfördernden Aufgaben. Gegenwärtig leben mehr als 40 000 Jugendliche in den Jugendwohnheimen Westdeutschlands.

Allgemeine Erfahrungen aus einer Reihe von Heimen und die Ergebnisse der Gespräche mit Heimleitern, Erziehern und etwa 400 Jugendlichen lassen einige wesentliche Aufgaben erkennen, deren Lösung vordringlich ist. Sie können hier nur skizziert werden. Eine Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben junger Menschen im Heim ist das Zustandekommen einer echten Heimgemeinschaft, die gekennzeichnet sein muß durch die persönliche und verantwortliche Bindung der Jungen und Mädchen an diese Gemeinschaft. Andererseits darf eine solche Zielsetzung nicht dazu führen, das Heim zum Selbstzweck werden zu lassen. Die jungen Menschen müssen „aus dem Heim herausgezogen“ werden. Durch die selbständige Erledigung von Arbeiten, die dem Urteilsvermögen der Jugendlichen angemessen sind, kann bereits durch eine weitgehende Selbst- oder Mitverwaltung der Jugendlichen während der Zeit ihres Heimaufenthalts ein hohes Maß an Verantwortungsgefühl und Selbständigkeit geweckt werden. Neben diesen Aufgaben *im* Heim muß jedoch dafür Sorge getragen werden — und das ist eine bisher sehr vernachlässigte Seite der Jugendwohnheimarbeit —, daß der Jugendliche sich *nach* der Heimentlassung „draußen“ zurechtfinden kann, das heißt, man muß ihm helfen, Arbeit, Wohnung und persönliche Bindungen zu finden. Das gilt um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß etwa 50 vH. der Jugendlichen aus zerstörten oder zerrütteten Familien kommen, in die sie nach dem Heimaufenthalt nicht zurückkehren können. Die Lösung dieses Problems kann sehr erleichtert werden durch eine Eingliederung der Heime in Nachbarschaften oder Dorfgemeinschaften.

Für eine erfolgreiche Arbeit in den Jugendwohnheimen sind weiterhin einige organisatorische Gesichtspunkte wichtig. Dem Heimleiter kommt eine zentrale Bedeutung zu. Er muß über eine größtmögliche zeitliche, organisatorische und finanzielle Freizügigkeit verfügen. Schon aus diesem Grunde ist

eine zentrale Regelung organisatorischer und finanzieller Fragen zu empfehlen.

Obwohl die Jugendwohnheime aus einer akuten Notlage heraus entstanden sind und nur ein Provisorium darstellen können, bieten sie heute vielen Jugendlichen ohne Familie die einzig greifbare Chance, überhaupt in einer Gemeinschaft leben zu können, und sie haben eine erhebliche nachwachspolitische Bedeutung. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist eine Berücksichtigung der arbeitsmarkt- und berufspolitischen Situation bestimmter Gebiete sehr wesentlich für die Streuung und Auslastung der Heime. Es wäre zu begrüßen, wenn sich die Wirtschaft stärker als bisher als Träger der Heime zur Verfügung stellen würde, da sie gegenüber der Berufsnot der Jugend nicht nur die gleiche Verpflichtung zur praktischen Hilfe hat wie etwa der Staat oder die Wohlfahrtsverbände, sondern hier ein eigenes nachwachspolitisches Interesse wahrnehmen würde.

c) *Jugendgemeinschaftswerke (offene Maßnahmen)*. Unter dem Begriff „Jugendgemeinschaftswerke“ werden hier Notstandsarbeiten, Grundausbildungslehrgänge, Jugendaufbauwerke, Sondermaßnahmen, Förderkurse oder auch Einrichtungen, wie der Jugendnoteinsatz in Berlin und die Berliner Berufsvollschule, zusammengefaßt. Alle diese Maßnahmen unterscheiden sich von den Jugendwohnheimen insbesondere dadurch, daß die Jugendlichen in ihnen nicht wohnen, die Probleme des Gemeinschaftslebens also zurücktreten gegenüber der Aufgabe, den Tageslauf der arbeitslosen Jugendlichen sinnvoll zu gestalten. Den Jungen und Mädchen wird hier in erster Linie Gelegenheit geboten, ihre praktischen und theoretischen Kenntnisse zu vertiefen oder ihre Allgemeinbildung zu erweitern.

Fragt man die Jugendlichen selbst, was sie von derartigen Maßnahmen erwarten, so zeigt sich, wie schwierig es ist, auf diese Weise den wirklichen Anliegen der arbeitslosen Jugendlichen gerecht zu werden. Soweit es darum geht, tagsüber „von der Straße wegzukommen“, sind sich Jugendliche und Initianten der Gemeinschaftswerke einig. Daneben aber stellen die Jungen und Mädchen das Motiv des Geldverdienens betont in den Vordergrund, und in der Bewertung des theoretischen Unterrichts gehen die Meinungen vollends auseinander. Eine Fortsetzung des Schulunterrichts in dieser Form lehnen die arbeitslosen Jugendlichen ab; sie wünschen statt dessen eine berufsbezogene Fortbildung, mit der sie „etwas anfangen können“, sie wollen keine „Zeit verlieren“.

Die Gemeinschaftswerke haben für die Jugendlichen nur dann eine tatsächliche und praktische Bedeutung, wenn ihre Tätigkeit dort in eine Berufslaufbahn einmündet. Einen Beruf erlernen oder ausüben zu können, das ist ihr Wunsch und ihre Forderung, und darin kommt die grundsätzliche Problematik der Institutionen zum Ausdruck, die sich die Milderung, nicht die Beseitigung der Jugendberufsnot zum Ziel gesetzt haben. Ob es das zähe Ringen der Berater und Vermittler um jeden einzelnen Lehrplatz ist, oder ob wir die unermüdliche Kleinarbeit der Heimleiter und Erzieher in den Heimen und Jugendgemeinschaftswerken als Beispiel anführen: Sie alle können nicht Hunderttausende von Lehr- oder Arbeitsplätzen schaffen, und nur darin könnte eigentlich der letzte Erfolg ihrer Arbeit liegen!

Wie sich das Schicksal unserer Jungen und Mädchen ohne Beruf und Arbeit, ohne die wichtigste Voraussetzung für eine Entwicklung zu freien, selbstverantwortlichen und tüchtigen Menschen und Staatsbürgern gestalten wird, das hängt ab von der Einsicht, der Entschlossenheit und den Möglichkeiten derjenigen, die helfen können. Es hängt ab von der Zielsetzung der Sozial- und Wirtschaftspolitik in unserem demokratischen und sozialen Staatswesen.